

Zusammenstellung wichtiger Ereignisse in den Bereichen

Verkehr, Energie, Umwelt, Finanzen

2010

(Stand: 23.03.2010)

- 17.03. Baustellendauer soll künftig massiv verkürzt werden – Eine von National- sowie Ständerat überwiesene Motion von Ulrich Giezendanner (svp, AG) verlangt, der Bundesrat müsse die Richtlinien und Gesetzesvorschriften betreffend Strassenbauprojekte so anpassen, dass die Bauzeiten von Bauvorhaben (Neubau, Unterhalt, usw.) massiv verkürzt werden können.
(AR 17.03.10)**
- 15.03. In der Krise verliert die Schiene mehr Marktanteile als die Strasse – Der Güterverkehr durch die Alpen ist im Jahr 2009 aufgrund der Wirtschaftskrise sowohl auf der Strasse als auch auf der Schiene stark zurückgegangen. Mit rund 39,5 Prozent war dabei der Marktanteil der Strasse am alpenquerenden Gütertransit so hoch wie noch nie. Die Zahl der Camions, welche die schweizerischen Alpenübergänge passierten, sank um rund 95'000 Fahrzeuge oder gut sieben Prozent gegenüber dem Jahr 2008 auf gegen 1,2 Millionen Lastwagen. Verglichen mit dem Referenzjahr 2000 entsprach dies einer Reduktion um 16 Prozent.
(NZZ 16.03.10; BaZ 16.03.10; UVEK-Medienmitteilung 15.03.10)**
- 14.03. Hohe Besucherzahl am Autosalon – Am 80. Internationalen Automobilsalon in Genf, der heute zu Ende gegangen ist, konnten 692'000 Besucherinnen und Besucher gezählt werden. Dies sind sieben Prozent mehr als im Jahr 2009.
(„Blick“ 15.03.10)**
- 11.03. Nationalrat schwenkt auf private Vignetten-Kontrolle ein – Auf Antrag der Einigungskonferenz hat sich der Nationalrat bei der letzten im Nationalstrassenabgabegesetz (NSAG) verbliebenen Differenz der Version von Bundes- und Ständerat angeschlossen. Demnach dürfen private Sicherheitsangestellte künftig an der Grenze die Autobahnvignetten kontrollieren. Rechtlich sei diese Auslagerung an Private zulässig,**

und in vielen Gemeinden verteilt ja auch Securitas-Angestellte Parkbussen, lautete das eines der Hauptargumente.

(SDA-Meldung 11.03.10; NZZ 12.03.10)

07.03. Stadt St. Gallen friert Autoverkehr ein – Die Stimmberechtigten in St. Gallen haben bei einer Stimmbeteiligung von rund 45 Prozent die Stadt darauf verpflichtet, das Verkehrswachstum in Zukunft mit öffentlichem Verkehr und Langsamverkehr aufzufangen. Mit 11'417 (59%) zu 7'916 Stimmen (41%) sagten sie ja zur so genannten Städte-Initiative des Vereins „Umverkehr“, der auch in den Städten Zürich, Luzern, Basel und Winterthur entsprechende Volksbegehren lanciert hat.

(NZZ 08.03.10; „Bund“ 08.03.10; 20Minuten 08.03.10; St. Galler Tagblatt 19.02.10; Weltwoche Nr. 10.10)

05.03. Bundesrat genehmigt Sanierungskonzept für SBB-Pensionskasse – In seiner heute zuhause der eidgenössischen Räte verabschiedeten Botschaft sieht der Bundesrat vor, dass der Bund einen Beitrag von rund 1,15 Milliarden Franken an die Sanierung der Pensionskasse (PK) der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) leistet. Den Hauptteil dieser Sanierung tragen allerdings das Unternehmen SBB und sein Personal selber. Zudem wird die Bundeshilfe nur dann gewährt, wenn sowohl die SBB als auch die PK SBB auf sämtliche Forderungen gegenüber dem Bund als Träger und Leistungsgarant der ehemaligen Pensions- und Hilfskasse (PHK) der SBB definitiv verzichten. Die beiden bestehenden Ausfinanzierungsbegehren im Umfang von rund 3,3 bzw. 2,7 Milliarden Franken würden damit gegenstandslos. Ende 2009 belief sich die Unterdeckung der PK SBB auf rund 2,2 Milliarden Franken, was einem Deckungsgrad von gut 84 Prozent entsprach.

(NZZ 06.03.10; EFD-Medienmitteilung 05.03.10)

04.03. Der 80. Internationale Genfer Automobilsalon ist eröffnet – Bundespräsidentin Doris Leuthard hat den 80. Genfer Autosalon, der bis 14. März 2010 dauert, eröffnet. Am diesjährigen Salon dominieren die wirtschaftlichen und umweltpolitischen Kräfte. Der „grüne“ Trend hin zu Hybrid- und Elektroantrieben ist unübersehbar. Die gilt vor allem auch für die rund hundert Welt- und Europapremieren im Fahrzeugbereich. Auf einer Nettostandfläche von 78'000 Quadratmeter zeigen 250 Aussteller aus 30 Ländern etwa 700 Automarken. Die Salonverantwortlichen rechnen angesichts des attraktiven Ausstellungsangebots mit 650'000 bis 700'000 Besucherinnen und Besuchern.

(NZZ 05.03.10; Medienmitteilung Geneva Palexpo 18.02.10)

01.03. Verbot längerer Tiertransporte auf der Strasse – Mit 173 zu zwei Stimmen hat der Nationalrat eine Revision des Tierschutzgesetzes gutgeheissen. Damit wird das bereits in einer Verordnung verankerte Verbot längerer Transporte von Tieren (Rinder, Schafe, Ziegen und Schweine) auf Gesetzesstufe gehoben und auf den Strassentransit von Schlachttieren generell ausgedehnt. Zulässig ist nur noch der Transit per Bahn oder per Flugzeug. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

(NZZ 02.03.10)

25.02. Bund will bis zu knapp drei Milliarden Franken pro Jahr sparen – Der Bundesrat hat ein Massnahmenpaket zur Aufgabenüberprüfung (AÜP) verabschiedet und das Konsolidierungsprogramm 2011-2013 (KOP 11/13) weiter konkretisiert. Beide Vorhaben zusammen sollen im Jahr 2015 zu Verbesserungen des Bundeshaushalts in der

Höhe von jährlich rund 2,7 Milliarden Franken führen. Das KOP 11/13 sieht Einsparungen von insgesamt 1,5 Milliarden Franken pro Jahr vor. Davon entfallen durchschnittlich rund 400 Millionen Franken auf kurzfristig umsetzbare AÜP-Massnahmen. Bei der Verkehrsfinanzierung setzt der Bund auf einen höheren Beitrag der Verkehrsteilnehmenden. Zudem will er nur dann Strassen zu Nationalstrassen aufklassieren, wenn ihn die Kantone für den Betrieb sowie Unterhalt entschädigen und wenn die Mineralölsteuer für den Ausbau um drei bis vier Rappen pro Liter Treibstoff erhöht werden kann. Kantone und Verkehrsverbände haben mit lautem Protest reagiert und verlangten höhere Ausgaben statt Einsparungen, um das Bevölkerungs- und Verkehrswachstum auch in Zukunft bewältigen zu können.
(NZZ 26.02.10; EFD-Medienmitteilung 25.02.10)

25.02. Gut zwei Milliarden Franken für die Nationalstrassen – Der Bund investiert im Jahr 2010 gut zwei Milliarden Franken ins Nationalstrassennetz. Davon fliessen 945 Millionen Franken, die aus dem Infrastrukturfonds stammen, in den Bau neuer Abschnitte und rund 1,15 Milliarden Franken, die der Spezialfinanzierung Strassenverkehr (SFSV) entnommen werden, in den Ausbau sowie Unterhalt des bestehenden Netzes. Ende 2009 waren rund 1'789 Kilometer Nationalstrassen in Betrieb. Dies entspricht 94,5 Prozent der heute geplanten Netzlänge.
(NZZ 26.02.10; ASTRA-Medienmitteilung 25.02.10)

23.02. Weniger Getötete und Schwerverletzte im Strassenverkehr – Gemäss der Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) ist im Jahr 2009 die Zahl der auf Schweizer Strassen Getöteten um drei Prozent auf 348 Personen (2008: 357) und jene der Schwerverletzten ebenfalls um drei Prozent auf 4'648 Personen (2008: 4'780) gesunken. Dieser Rückgang ist insbesondere auf die markante Abnahme der getöteten und schwer verletzten Insassen von Personenwagen zurückzuführen. Hingegen hat sich die Zahl der getöteten Velofahrer mehr als verdoppelt.
(bfu-Medienmitteilung 23.02.10; NZZ 24.02.10; BaZ 24.02.10)

22.02. Zahl der Ausweisentzüge stabil – Gemäss den neuesten Zahlen aus dem Administrativmassnahmenregister (ADMAS) des Bundesamts für Strassen (ASTRA) mussten im Jahr 2009 knapp 75'000 Fahrzeuglenkerinnen und -lenker ihren Führerausweis abgeben. Dies sind praktisch gleich viele wie 2008. Hauptgründe für den Führerausweisentzug waren das Überschreiten der Geschwindigkeit sowie Alkohol am Steuer. Wegen zu schnellem Fahren gaben gut 35'000 Personen – fünf Prozent mehr als 2008 und so viele wie noch nie – den Führerausweis ab. Erneut abgenommen haben die Massnahmen aufgrund von Fahren in angetrunkenem Zustand. Die meisten Ausweisentzüge waren auf einen Monat bis drei Monate befristet (knapp 70 Prozent). Rund 16 Prozent der Ausweise wurden auf unbestimmte Zeit entzogen.
(NZZ 23.02.10; ASTRA-Medienmitteilung 22.02.10)

21.02. Hohe Besucherzahl für Swiss-Moto – Die Motorradmesse Swiss-Moto, die in allen sieben Hallen des Zürcher Messezentrums auf einer Fläche von über 30'000 Quadratmeter stattfand, konnte mit rund 62'500 Besucherinnen und Besuchern eine sehr hohe Besucherzahl registrieren.
(Medienmitteilung Swiss-Moto 21.02.10)

19.02. Die SBB haben sich verrechnet – Sollen die Infrastrukturnetze der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) intakt bleiben, sind in der Periode 2010-2016 zusätzlich zu den mittelfristig bereits geplanten 1,48 Milliarden Franken im Durchschnitt weitere 850 Millionen Franken pro Jahr aufzuwenden. Dies ist knapp 60 Prozent mehr, als die SBB in ihrer Finanzplanung für die Substanzerhaltung bislang vorher gesagt haben. In den 850 Millionen Franken sind jährlich 130 Millionen Franken enthalten, mit denen die SBB den aufgelaufenen Nachholbedarf von 1,35 Milliarden Franken abbauen wollen. Eines von den SBB in Auftrag gegebenes so genanntes Netzaudit gelangt zum Schluss, dass drei Viertel der SBB-Anlagen in gutem oder mittlerem Zustand seien, und macht deutlich, dass die SBB in den vergangenen 15 Jahren über weite Strecken von der Substanz gelebt haben. Der grösste Teil der Mehrkosten geht offenbar auf die heute um 50 Prozent stärkere Belastung der Schienen zurück. Deshalb müssen diese früher ausgetauscht werden. Dasselbe gilt für Stromleitungen und viele andere Bereiche der Infrastruktur. Absehbar ist dass der Unterhaltsaufwand mit der fortschreitenden Inbetriebnahme neuer Strecken, wie etwa des Gotthardbasistunnels, noch einmal massiv ansteigen wird. Im Weiteren nimmt der Netzunterhalt nicht linear mit der Mehrbelastung zu, sondern wächst exponentiell. Schon Ende des letzten Jahres hat der Bundesrat beschlossen, dass kurzfristig die Finanzierung der Bahninfrastruktur den allgemeinen Bundeshaushalt nicht zusätzlich belasten soll. Das heisst konkret, dass zusätzliche Finanzmittel für den Substanzerhalt der Bahnen in anderen Bereichen des öffentlichen Verkehrs kompensiert werden müssen. Zum einen könnten die Erträge des Bundes aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) zur (Mit-)Finanzierung des Mehrbedarfs herangezogen werden. Zum andern ist es vorstellbar, dass die Züge des überregionalen Verkehrs der SBB höhere Trassenpreise entrichten müssen. Über dem Ganzen hängt freilich noch das Damoklesschwert eines Entlastungsprogramms 2011/2013, in dem die Landesregierung im Verkehrsbereich Einsparungen in dreistelliger Millionenhöhe vornehmen will. Der Bundesrat beabsichtigt, im Sommer eine Botschaft betreffend die Finanzierung der Bahninfrastruktur in den kommenden zwei Jahren an die eidgenössischen Räte zu verabschieden.
(NZZ 20.02.10; „Bund“ 20.02.10; BaZ 20.02.10; BZ 20.02.10; BAV-Medienmitteilung 19.02.10)

18.02. Die Swiss-Moto hat ihre Tore geöffnet – Die Motorrad-Messe Swiss-Moto findet vom 18. bis 21. Februar 2010 in allen sieben Hallen der Messe Zürich statt. Wer sich für Motorräder und Roller interessiert, wird an der Swiss-Moto mit den wichtigsten Neuerungen der Branche bedient, auch punkto Zubehör, Bekleidung und Tuning.
(NZZ 19.02.10)

04.02. SBB Cargo fährt künftig zweigleisig: In- und Auslandgeschäft werden getrennt – Die notorisch defizitäre Gütertochter der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) wird neu aufgestellt. Das Auslandgeschäft soll bis Anfang nächsten Jahres in eine Tochtergesellschaft ausgelagert werden. Diese SBB Cargo International AG wird in enger Zusammenarbeit mit der Hupac funktionieren. Die SBB beschränken sich künftig auf die Tätigkeit als „Fuhrhalter“; das Beladen und Entladen der Waggons übernehmen die so genannten Operateure. Die SBB geben also ihre von Experten bereits seit längerer Zeit als untauglich beurteilte Rolle als halber Logistiker im internationalen Geschäft, der auch einzelne Wagen oder Waren akquiriert, auf. Im Inland wird SBB Cargo allerdings weiterhin allein tätig sein, was den Wagenladungsverkehr anbelangt. Gemäss Verwaltungsratspräsident Ulrich Gygi wollen die SBB in nationalen Verkehr mindestens so viel erwirtschaften, dass sie die Rollmaterialinvestitionen selber finanzieren können.

Nach dem Verkauf des nationalen Stückgutdienstes Cargo Domizil im Jahr 1996 an Strassentransporteure werden nun über die Hupac auch im internationalen Geschäft private Branchenspezialisten die Geschicke des Güterverkehrs auf der Schiene wesentlich mitbestimmen.

(NZZ 05.02.10; BaZ 05.02.10)

03.02. Bundesrat konkretisiert Verkehrssicherheitsprogramm „Via sicura“ – Die Leidensgeschichte des Verkehrssicherheitsprogramms „Via sicura“ dauert nun schon mehrere Jahre. Nach Auswertung der Vernehmlassung hat der Bundesrat nun entschieden, bis Ende Jahr die Botschaft mit einem abgespeckten Programm zuhanden der eidgenössischen Räte zu verabschieden. Mit einer Reihe von Massnahmen sollen vor allem die bestehenden Vorschriften besser durchgesetzt und die grössten Unfallschwerpunkte beseitigt werden. Darüber hinaus wird auch die Prävention verstärkt. In der Vernehmlassung verworfen wurden insbesondere die Erhöhung des Zuschlags auf der Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherungsprämie sowie die Zweckbindung der Bussengelder. Demzufolge ist keine Bereitschaft dafür vorhanden, die Verkehrssicherheit mit neuen Abgaben zu finanzieren. „Via sicura“ muss deshalb ohne zusätzliche Einnahmen auskommen und umgesetzt werden. Das bedeutet, dass auch die Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur – Sanierung von Unfallschwerpunkten und Gefahrenstellen sowie der Bau von Kreiseln, Abschränkungen, usw. – aus den bestehenden Finanzmitteln für den Strassenbau, den Beiträgen des Bundes an die Kantone aus Mineralölsteuer, leistungsabhängiger Schwerverkehrsabgabe (LSVA) und Autobahnvignette, bezahlt werden.

(NZZ 04.02.10; SDA-Meldung 03.02.10; ASTRA-Medienmitteilung 03.02.10)

01.02. Strengere Effizienzkriterien für Neuwagen – Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr und Energie (UVEK) verschärft die Effizienzkategorien der Energieetikette für Personewagen. Die entsprechende Anpassung basiert auf dem aktuellen Datenstand der Typengenehmigungen und stellt sicher, dass erneut nur ein Siebtel aller Neuwagenmodelle unter die beste Energieeffizienz-Kategorie A fällt. Die neuen Grenzen der Effizienzkategorien A bis G gelten ab 1. Juli 2010. Gemäss Bundesamt für Energie (BFE) sind aufgrund verbesserter Motorentechnologie der Treibstoffverbrauch und die CO₂-Emissionen von Neuwagen in den vergangenen zwei Jahren stark gesunken. Der durchschnittliche CO₂-Ausstoss für neue Fahrzeugmodelle liegt in der Schweiz neu bei 188 und nicht mehr wie bis anhin bei 204 Gramm pro Kilometer. Das UVEK beabsichtigt ferner, per 1. August 2010 die Energieetikette in eine Umweltetikette zu überführen. Für Letztere sollen andere Kategoriengrenzen und Durchschnittswerte gelten als für Erstere. Vorgesehen ist, dass während einer Übergangsfrist bis Ende 2010 beide Etiketten in Gebrauch wären. Ab dem Jahr 2011 hätte dann nur noch die Umweltetikette Gültigkeit.

(BZ 02.02.10; BFE-Medienmitteilung 01.02.10; BBl 2010 S. 585)

28.01. EU notifiziert Emissionsreduktionsziele zur Uno-Klimakonferenz – Heute wurde offiziell bekannt gegeben, dass die Europäische Union (EU) bereit sei, ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 einseitig um 20 Prozent unter den Wert von 1990 zu reduzieren. Gleichzeitig stellt die EU eine noch stärkere Reduktion um 30 Prozent in Aussicht, sofern andere Grosse mitteln zustimmen, ihren Teil dieser globalen Aufgabe zu übernehmen. Damit bezeugt die EU auch die feste Entschlossenheit, weiter zu verhandeln, um so bald als möglich ein rechtverbindliches internationales Übereinkommen

für die Zeit nach dem 1. Januar 2013, wenn der erste Verpflichtungszeitraum nach dem Kyoto-Protokoll abgelaufen sein wird, zu vereinbaren.
(Energie-Report 04/10)

**27.01. TCS-Studie über Gefährlichkeit von Schweizer Strassen – Im Rahmen des Projekts EuroRAP (European Road Assessment Programme) hat der Touring Club Schweiz (TCS) eine Studie über die Gefährlichkeit des schweizerischen Strassennetzes publiziert. Gemäss dieser Studie hat die Zahl der schweren Unfälle pro Milliarde Fahrzeugkilometer auf Autobahnen und Hauptstrassen zwischen den Jahren 2003 und 2008 zwar abgenommen. Während die Autobahnen aber zunehmend sicherer geworden sind, blieben die Hauptstrassen verhältnismässig gefährlich: Auf Autobahnen und Autostrassen ist die Unfallrate von rund 21 (Periode 1997 bis 2002) auf knapp 15 gesunken; auf Hauptstrassen hingegen ist die Rate in derselben Zeit von gut 58 nur auf etwas über 53 gesunken. Auffallend sind zudem die regionalen Unterschiede: So ist die Unfallrate in der Romandie sowie im Tessin um die Hälfte höher als in der Deutschschweiz.
(TCS-Medienmitteilung 27.01.10)**

**27.01. Bessere Bedingungen für Biotreibstoff – Der Bundesrat will den Absatz von Biotreibstoff fördern. Vergangenes Jahr waren in der Schweiz – trotz bereits erfolgter Steuerbefreiung und Importliberalisierung – an gut 180 Tankstellen nur gerade knapp zwei Millionen Liter Bioethanol abgesetzt worden, was einem halben Promille aller Benzinverkäufe entsprach. Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) wurde deshalb beauftragt, die Luftreinhalteverordnung so zu ändern, dass auch in der Schweiz so genanntes Tiefdruckbenzin erhältlich ist. Damit wird der Einsatz von Benzin mit einem Anteil von fünf Prozent Bioethanol ganzjährig möglich statt wie bisher nur im Winterhalbjahr. Ferner sollen die administrativen Hürden in der Treibstoffökobilanzverordnung zur Gewährung einer Steuerbefreiung verringert werden. Das langfristige Jahrespotenzial von Bioethanol wird in der Schweiz auf 200 Millionen Liter geschätzt, was einem CO₂-Reduktionspotenzial von jährlich 0,47 Millionen Tonnen CO₂ brutto entspricht. Dies würde einen beachtlichen Beitrag im Hinblick auf die Erreichung der Klimaziele im Verkehrsbereich bedeuten
(NZZ 28.01.10; EFD-Medienmitteilung 27.01.10)**

**25.01. Occasionenmarkt stützt schwächelnde Neuwagenverkäufe – In der Schweiz hat der Gebrauchtwagenmarkt im Jahr 2009 der Wirtschaftskrise getrotzt: Die ausgewerteten Handänderungen (ohne den Kanton Tessin) nahmen verglichen mit 2008 um gut vier Prozent zu. Insgesamt wechselten 2009 rund zweieinhalb Mal mehr Personenwagen den Besitzer (rund 658'200) als Neufahrzeuge in Verkehr gesetzt wurden (rund 266'000).
(Medienmitteilung EurotaxGlass's International AG 25.01.10)**

**22.01. Temporeduktion wegen Wintersmog im Tessin – Das Umweltdepartement des Kantons Tessin hat wegen Wintersmog eine Temporeduktion auf der Autobahn A2 veranlasst: Zwischen Melide und Chiasso darf seit heute nur noch mit 80 Stundenkilometer gefahren werden. Und für Lastwagen gilt ein generelles Überholverbot.
(BaZ 23.01.10)**

21.01. Bundesrat präsentiert indirekten Gegenvorschlag zur „Offroader-Initiative“ – Der Bundesrat lehnt die „Offroader-Initiative“ der Jungen Grünen ab und stellt ihr einen

indirekten Gegenvorschlag gegenüber. Gemäss diesem soll der Import von Offroader weiterhin zugelassen bleiben; im Gegenzug will der Bundesrat jedoch Anreize schaffen, damit in der Schweiz vermehrt kleinere Autos gekauft werden. Betreffend die CO₂-Einsparungen übertrifft der indirekte Gegenvorschlag die Forderungen des Volksbegehrens. Es soll nämlich ein Durchschnittswert von 130 Gramm CO₂ pro Kilometer für neue Personalfahrzeuge eingeführt werden. Das entspricht pro hundert Kilometer einem Verbrauch von 5,6 Liter Benzin oder fünf Liter Diesel. Ab 2012 sollen die umweltfreundlichsten 65 Prozent der neu zugelassenen Autos diesem Wert entsprechen; bis 2015 muss der Durchschnitt aller Neuwagen einer importierten Flotte diese Vorgabe erfüllen. Für jedes zusätzliche Gramm CO₂ (Kohlendioxid) ist eine Strafsteuer zu entrichten. Deren Höhe sowie der Zeitplan und der Durchschnittswert korrespondiert mit dem Vorgehen der Europäischen Union (EU). Diese Strafabgabe kann bis zu 140 Franken pro Gramm und Fahrzeug betragen. Je nach Autotyp kann das einige tausend Franken Aufpreis bedeuten. Der Bund erhofft sich von der Steuer Einnahmen im Umfang von 125 Millionen Franken pro Jahr, die an die Bevölkerung ausgeschüttet werden sollen. Nichts wissen will die Landesregierung von einer Tempolimite von hundert Kilometer pro Stunde auf der Autobahn für bereits immatrikulierte Fahrzeuge, welche die neuen CO₂-Werte nicht einhalten. Diese Forderung würde heute zwar vier von fünf Autos betreffen, der Nutzen der Massnahme für die Umwelt ist aber relativ gering und der Aufwand für die Umsetzung, z.B. für Kontrollen, sehr hoch. Ferner lehnt der Bundesrat die Beschränkung des Leergewichts auf 2,2 Tonnen ab, da damit nichts über das tatsächliche Gewicht des Autos im Strassenverkehr ausgesagt wird. (NZZ 22.01.10; BaZ 22./26.01.10; „Bund“ 22.01.10; ASTRA-Medienmitteilung 21.01.10; BBl 2010 S. 973-1032)

- 18.01. Pannestreifen wird zu zusätzlicher Autobahnspur – Auf dem notorisch überlasteten Abschnitt der Autobahn A1 zwischen Morges und Ecublens (VD) dürfen die Benützer ab heute auf dem Pannestreifen fahren, wenn viel Verkehr herrscht. Dieser Pilotversuch mit dem Pannestreifen als zusätzlicher Fahrspur stellt eine Premiere auf dem Nationalstrassennetz dar. („Blick“ 15.01.10; AR 17.02.10)
- 14.01. Tarifaufschläge beim öffentlichen Verkehr – Erstmals seit drei Jahren sind für die Benützung von Bahn, Bus und Schiff in der Schweiz Preisaufschläge angekündigt worden. Die Mehrkosten belaufen sich ab Dezember 2010 im Durchschnitt auf 6,4 Prozent. Der Verband öffentlicher Verkehr (VöV) und die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) begründen diesen Schritt mit Kostenfaktoren. Den stärksten Zuschlag sollen das Generalabonnement (GA) und das zweijährige Halbtax-Abonnement erfahren. Die Preiserhöhungen dürften den öV-Betrieben Zusatzeinnahmen von gegen 150 Millionen Franken pro Jahr einbringen. Auf eine Abstufung der Billetpreise nach Tageszeiten verzichten die öV-Unternehmen vorderhand; in drei bis fünf Jahren möchten sie konzeptionell allerdings soweit sein, um differenzierte Tarife einführen zu können. (NZZ 15.01.10; „Bund“ 15.01.10; BaZ 15.01.10)
- 14.01. Zürcher Luft ist noch lange nicht gesund – Ab Mitte der 1980er-Jahre bis zur Jahrhundertwende hat sich die Luftqualität im Kanton Zürich verbessert. Seither stagniert die Belastung durch Schadstoffe auf immer noch zu hohem Niveau. Die Grenzwerte für Feinstaub, Stickstoffdioxid und Ozon werden überschritten. Dies verursacht im

Kanton Zürich Kosten in der Höhe von rund 800 Millionen Franken pro Jahr. Aus diesen Gründen hat die Kantonsregierung einen neuen Massnahmenplan zur Luftreinhaltung präsentiert. Was sowohl die zu hohe Feinstaub- als auch Stickstoffdioxidbelastung angeht, gilt der Strassenverkehr als der grösste Verursacher. Die Reduktion der Schadstoffe soll primär durch die Förderung des technischen Fortschritts realisiert werden. Von Massnahmen, die einschneidender Verhaltensänderungen bedürfen, wird weitgehend abgesehen. Bei den Gegenmassnahmen soll das Schwergewicht auf den Feinstaub gelegt werden. Damit ist freilich klar, dass Massnahmen im Bereich des Strassenverkehrs grösstenteils ausgeklammert bleiben mussten.
(NZZ 15.01.10)

- 13.01. **Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt beschliesst das Aus von Gratisparkplätzen –**
Mit 52 zu 34 Stimmen hat der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt die Parkraumbewirtschaftung verabschiedet und zog damit einen Schlussstrich unter ein jahrelanges politisches Hickhack um die letzten verbliebenen, rund 10'000 „weissen“ Gratisparkplätze auf öffentlichem Grund in der Stadt Basel. Diese Gratisparkplätze sollen gemäss dem Willen des Kantonsparlaments bis 2013 verschwinden. Im Gegenzug soll die blaue Zone mit Parkkarten für Anwohner und Gewerbetreibende ausgeweitet werden. Eine so genannte Stadtparkkarte, die das Parkieren auf dem ganzen Stadtgebiet ermöglicht, kostet 2'000 bis 3'000 Franken pro Jahr etwa soviel wie ein Einstellhallenplatz. Der Fonds, der aus den Nettoeinnahmen der Parkraumbewirtschaftung geüffnet wird, soll sich gemäss Schätzungen auf jährlich nahezu zwölf Millionen Franken belaufen und nicht nur für Quartierparkings oder Park&Ride-Anlagen, sondern auch für Vorhaben des öffentlichen Verkehrs zur Verfügung stehen.
(NZZ 14.01.10; BaZ 14.01.10; SDA-Meldung 14.01.10)

strasseschweiz/pk; 23.03.2010

Stichwortverzeichnis 2010**23.03.2010**

Verkehr	(Datum)
Automobilsalon; 692'000 Besucherinnen und Besucher; Sieben Prozent mehr als 2009	14.03.
Automobilsalon; 80. Ausgabe in Genf offiziell eröffnet; Rund hundert Welt- und Europapremieren; Trend hin zu Hybrid- und Elektroantrieben unübersehbar	04.03.
Automobilwirtschaft; Gebrauchtwagenmarkt trotz 2009 der Wirtschaftskrise; Handänderungen nehmen verglichen mit 2008 um gut vier Prozent zu	25.01.
Güterverkehr; Marktanteil der Strasse am alpenquerenden Güterverkehr 2009 mit fast 39,5 Prozent so hoch wie noch nie; Rund 1,2 Mio. Lastwagenfahrten	15.03.
Güterverkehr; Nationalrat beschliesst Verbot längerer Tiertransporte auf der Strasse	01.03.
Güterverkehr; SBB Cargo wird reorganisiert; Zweiteilung in ein In- und Auslandsgeschäft; SBB Cargo International AG arbeitet mit Hupac zusammen	04.02.
Nationalstrassen; Pannestreifen als zusätzliche Fahrspur bei viel Verkehr; Premiere auf dem Nationalstrassennetz zwischen Morges und Ecublens (VD)	18.01.
Nationalstrassenbau; National- und Ständerat überweisen Motion zur massiven Verkürzung der Baustellendauer	17.03.
Nationalstrassenbau; Investitionen von gut zwei Mia. Franken im Jahr 2010; 94,5 Prozent des heute geplanten Netzes Ende 2009 in Betrieb	25.02.
Offroader-Initiative; Bundesrat stellt indirekten Gegenvorschlag vor; Bis 2015 darf der Durchschnitt aller importierter Neuwagen nur noch 130 g CO ₂ pro km ausstossen	21.01.
SBB AG; Unterhalt der Eisenbahninfrastruktur kostet durchschnittlich 850 Mio. Franken pro Jahr mehr als die geplanten rund 1,5 Mia. Franken	19.02.
SVG; ADMAS-Register; Zahl der Ausweisentzüge 2009 stabil geblieben	22.02.
Swiss-Moto; Rund 62'500 Besucherinnen und Besucher	21.02.
Swiss-Moto; Die Motorrad-Messe findet heuer vom 18. bis 21. Februar statt	18.02.
Verkehrsbeschränkung; Stimmberechtigte von St. Gallen sagen deutlich ja zur so genannten Städte-Initiative von „Umverkehr“; Autoverkehr wird plafoniert	07.03.
Verkehrssicherheit; 2009 sind laut bfu 348 Personen auf Schweizer Strassen gestorben und 4'648 schwer verletzt worden; Deutliche Abnahme gegenüber 2008	23.02.
Verkehrssicherheit; Bundesrat konkretisiert „Via sicura“; Keine Erschliessung neuer oder zusätzlicher Einnahmequellen; Botschaft ans Parlament bis Ende 2010	03.02.
Verkehrssicherheit; TCS-Studie über Gefährlichkeit des Schweizer Strassennetzes; Periode 2003-2008; Autobahnen zunehmend sicherer, Hauptstrassen nicht	27.01.

Energie	(Datum)
Energieetikette; UVEK verschärft Effizienzkatogorien; Durchschnittlicher CO₂-Ausstoss von Neuwagenmodellen von 204 auf 188 g/km gesunken	01.02.
Treibstoffe; Bundesrat will wirtschaftliche Nutzung von Bioethanol fördern; Punktuelle Anpassung des Rechtsrahmens in Auftrag gegeben	27.01.

Umwelt	(Datum)
Emissionen; EU notifiziert Reduktionsziele für die Treibhausgasemissionen zuhanden der Uno-Klimakonferenz; Minus 20 Prozent bis 2020 unter den Wert von 1990 Emissionen; Zu hohe Feinstaub- und Stickstoffdioxidbelastung im Kanton Zürich;	28.01.
Neuer Massnahmenplan zur Luftreinhaltung; Strassenverkehr ausgeklammert	14.01.
Tempobeschränkungen; Wegen Wintersmog darf auf der Autobahn A2 zwischen Melide und Chiasso im Südtessin nur noch 80 km/h gefahren werden	22.01.

Finanzen	(Datum)
Autobahnvignette; Letzte Differenz im neuen Nationalstrassenabgabegesetz (NSAG) durch Einigungskonferenz ausgeräumt; Private Kontrollen künftig möglich	11.03.
Bundesfinanzen; AÜP verabschiedet; KOP 11/13 weiter konkretisiert; Einsparungen von jährlich bis zu knapp drei Mia. Franken bis ins Jahr 2015	25.02.
Parkplatzbewirtschaftung; Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt beschliesst das Aus der letzten rund 10'000 Gratisparkplätzen auf Stadtgebiet	13.01.
Tarife; Erstmals seit drei Jahren gibt es Preisaufläge beim öV von im Durchschnitt 6,4 Prozent; Zusatzeinnahmen von gegen 150 Mio. Franken pro Jahr erwartet	14.01.